



---

## Rechtsausschuss

41. Sitzung (öffentlich)

17. März 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Rückfall von Sexualstraftätern vermeiden - Mit wirksamer sozialtherapeutischer Behandlung von Sexualstraftätern endlich beginnen**

1

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3807

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD  
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/3905

Vorlage 13/2335

Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach kurzer, abschließender Beratung stimmt der Ausschuss ab.

Der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/3807** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

Der **Entschließungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/3905** wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **angenommen**.

**2 Gesetz zur Änderung des Richtergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen** 3

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4797

Die Beratung wird einvernehmlich vertagt.

**3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** 3

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4559

Der Ausschuss berät den Antrag und beschließt sodann mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, dazu ein Votum abzugeben.

Er **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den **Gesetzentwurf abzulehnen**.

**4 Bundeseinheitliches Antikorruptionsregister** 4

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4764

Der Ausschuss debattiert über den Antrag.

Er **beschließt** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, dazu **kein Votum abzugeben**.

**5 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen** 6

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4868

Nach kurzer Erörterung wird die Entscheidung einvernehmlich auf die nächste Sitzung verschoben.

- 6 Erhalt der auswärtigen Arbeitsgerichtstage** 7
- Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5036
- In Verbindung damit:
- Für eine orts- und bürgernahe Justiz - Gerichtstage müssen erhalten bleiben**
- Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5053
- Der Ausschuss debattiert über beide Anträge, nimmt eine Stellungnahme von Justizminister Wolfgang Gerhards entgegen und stimmt ab.
- Der **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/5036** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.
- Der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/5053** wird ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.
- 7 Mögliche Folgerungen der Umsetzung des Hartz-IV-Konzeptes für die Sozialgerichtsbarkeit und die Verwaltungsgerichtsbarkeit** 10
- Bericht der Landesregierung
- Bericht von Minister Wolfgang Gerhards (JM) 10
  - Aussprache 14
- 8 Telefonat des rechtspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Peter Biesenbach, mit dem Richter des Prozesses um den Kölner Müllskandal** 16
- Vorlage 13/2719
- Der Ausschuss diskutiert nochmals über die Angelegenheit.
- 9 Bau einer neuen Justizvollzugsanstalt in Ratingen** 23
- Bericht der Landesregierung
- Der Ausschuss nimmt einen kurzen Bericht von MDgt Kamp (JM) entgegen und berät anschließend darüber.

**10 Tod des Strafgefangenen Armin Kopke in der Justizvollzugsanstalt Bochum am 25./26. Februar 2004** 26

Bericht der Landesregierung

MDgtin Schnigula (JM) berichtet dem Ausschuss. Zu den in der anschließenden Diskussion aufgeworfenen Fragen wird noch eine Stellungnahme des Justizministeriums erwartet.

**11 Verschiedenes** 29

\*\*\*\*\*

Rechtsausschuss

17.03.2004

41. Sitzung (öffentlich)

ei-ke

**Peter Biesenbach (CDU)** führt aus, die CDU-Fraktion habe in ihrem ursprünglichen Entwurf auch die Verurteilung als Voraussetzung für eine Eintragung vorgesehen gehabt, dies aber als Ergebnis der Anhörung wieder herausgenommen; denn die Anhörung habe eindeutig ergeben, dass ein Antikorruptionsregister dann nichts mehr bringe. Die CDU-Fraktion wolle eine Regelung, wonach ein entsprechender Verdacht für eine Eintragung ausreiche; gleichzeitig solle aber eine Löschung vorgesehen werden, wenn Maßnahmen getroffen würden, die die Zuverlässigkeit wieder herstellten. Ein solches Instrument sei wesentlich wirksamer, als eine rechtskräftige Verurteilung abzuwarten.

Wenn die FDP bereit wäre, die Möglichkeit einer früheren Eintragung zu schaffen, eröffne sich sofort eine neue Diskussionsmöglichkeit. Dem Anliegen stehe die CDU-Fraktion positiv gegenüber; nur der Zeitpunkt der Eintragung liege ihr zu spät. Deshalb werde seine Fraktion den Antrag ablehnen, wenn es heute zur Abstimmung komme.

Der **Vorsitzende** lässt sodann über den Antrag von Herrn Sichau abstimmen, zu dem Antrag der FDP-Fraktion kein Votum abzugeben. - Der **Ausschuss** spricht sich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen dafür aus.

## 5 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4868

Dieser Gesetzentwurf ist nach den Worten des **Vorsitzenden** an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zur Federführung und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden. Er bitte um Wortmeldungen insbesondere zum weiteren Vorgehen.

**Frank Sichau (SPD)** geht davon aus, dass der Gesetzentwurf konsensual verabschiedet werden könne, denn alle Fraktionen hätten sich für eine Befristung von Gesetzen ausgesprochen.

**Peter Biesenbach (CDU)** hält es für möglich, dass der Innenausschuss eine Anhörung durchführe. Dann wäre es nicht sinnvoll, heute schon ein Votum abzugeben.

Nach seinen Informationen hätten sowohl der Innenausschuss wie der Ausschuss für Kommunalpolitik den Gesetzentwurf bereits unbeanstandet durchgehen lassen, bemerkt **Minister Wolfgang Gerhards (JM)**.

In der Sache bestehe weitgehend Einigkeit, meint **Jan Söffing (FDP)**. Es sei schade, dass die Landesregierung mit diesem Gesetzentwurf erst jetzt komme. Die FDP-Fraktion habe mit ihrem Bürokratieabbaugesetz bereits vor drei Jahren den Weg aufgezeigt. Die FDP-Fraktion ziehe selbstverständlich mit.

Rechtsausschuss

17.03.2004

41. Sitzung (öffentlich)

ei-ke

Aufgrund der unklaren Informationslage stellt der **Vorsitzende** diesen Tagesordnungspunkt zurück.

Im weiteren Verlauf der Sitzung greift er ihn noch einmal auf und teilt mit, es gebe keinen Hinweis auf eine Anhörung. - **Peter Biesenbach (CDU)** hat in Erfahrung gebracht, dass der Arbeitskreis seiner Fraktion noch nicht darüber entschieden habe.

Mit dem Vorschlag des **Vorsitzenden**, die Entscheidung auf die nächste Sitzung zu verschieben, ist der **Ausschuss** einverstanden.

## 6 Erhalt der auswärtigen Arbeitsgerichtstage

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/5036

In Verbindung damit:

**Für eine orts- und bürgernahe Justiz - Gerichtstage müssen erhalten bleiben**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/5053

**Vorsitzender Dr. Robert Orth** weist darauf hin, dass beide Anträge an den Rechtsausschuss überwiesen worden seien, wo die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen solle. Er schlage vor, schon heute abzustimmen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion seien die Anträge erledigt, erklärt **Hans-Willi Körfges (SPD)**. Das sei auch gut, weil seine Fraktion im Hinblick auf die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die dezentrale Organisation für wichtig halte. Zu dem von den Präsidenten der Landesarbeitsgerichte geäußerten Wunsch, das zu überlegen, habe sich der Minister sehr eindeutig festgelegt. Er empfehle deshalb den Fraktionen der CDU und der FDP, ihre Anträge zurückzunehmen.

Für seine Fraktion erklärt **Vorsitzender Dr. Robert Orth**, die FDP-Fraktion würde ihren Antrag gerne zur Abstimmung stellen. Unabhängig von der Kabinettsentscheidung, befristet zusätzliche Arbeitsrichter einzustellen, trete seine Fraktion dafür ein, die auswärtigen Arbeitsgerichtstage zu erhalten. Da dies in die Zuständigkeit der Landesregierung falle, sollte sich das Parlament auch dazu äußern.

Was Herr Körfges versucht habe, sei Schadensbegrenzung aus der Sicht der SPD-Fraktion, meint **Peter Biesenbach (CDU)**. In der Öffentlichkeit habe es selten so viel Prügel für einen Minister gegeben wie hier für den Justizminister, der dieses Vorhaben in die Welt gesetzt habe. Deshalb wolle die SPD die Diskussion über dieses Thema auch so schnell beenden. Die Oppositionsfraktionen wollten jedoch mit ihren Anträgen deutlich machen, dass sie die auswärtigen Gerichtstage nicht befristet, sondern auf Dauer erhalten wollten.